

25.09.2015 – PM 74/2015

Angriffe auf Arbeitnehmerrechte in Großbritannien

IG BAU fordert von Tory-Regierung Rücknahme von Gesetzentwurf

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) zeigt sich besorgt über den Abbau von Arbeitnehmerrechten in Großbritannien. In einem offenen Brief an die konservative britische Regierung kritisiert die IG BAU den Entwurf des „Gewerkschafts-Gesetzes“ (Trade Union Bill) und fordert dessen Rücknahme. „Die IG BAU wendet sich entschieden gegen das geplante Gesetz. Es verletzt Gewerkschaftsrechte wie die Vereinigungsfreiheit sowie die Beteiligung an Arbeitskämpfen“, schrieb der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers am Freitag (für die Red. 25. September 2015) an den britischen Wirtschaftsminister Sajid Javid. Die IG BAU kritisiert, dass das geplante Gesetz gegen internationales Recht verstößt, wie die Europäischen Menschenrechts-Charta, die Europäischen Sozialrechts-Charta sowie gegen Abkommen der ILO. „Das Gesetz wird in Großbritannien zu verstärkten Konflikten auf dem Arbeitsmarkt führen und damit das Gegenteil dessen bewirken, was es eigentlich will“, so Schäfers.

Insbesondere ist die IG BAU bestürzt über die geplante Abschaffung gesetzlicher Hürden für den Einsatz von Leiharbeitern als Streikbrecher, die Anhebung der Wahlbeteiligungsschwelle zur Durchführung legaler Streiks, die Auflage, vor einem Streik den Arbeitgeber 14 Tage im Voraus zu informieren sowie die Pflicht, Arbeitgebern auch noch einen detaillierten Plan über beabsichtigte Streik-Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Schäfers schreibt weiter: „Die IG BAU mahnt die britische Regierung den Gesetzentwurf, der Menschen und Gewerkschaftsrechte gefährdet, zurückzuziehen und appelliert an die Verantwortlichen, Großbritannien wieder in den Kreis der Länder zu führen, die den sozialen Dialog im Arbeitsmarkt unterstützen und fördern und deren Ziel es ist, Wachstum und Beschäftigung mit fairer Arbeit zu schaffen.“